

Dreißig palästinensische Gefangene in Israel treten in Hungerstreik

aljazeera.com, 25.09.22

Die Gruppe wird unter Verwaltungshaft gehalten, einer israelischen Politik, die sie ohne Anklage oder Gerichtsverfahren gefangen hält.

Dreißig palästinensische politische Gefangene, die in israelischen Gefängnissen festgehalten werden, haben einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, um gegen ihre Verwaltungshaft zu protestieren - eine Politik, die bedeutet, dass sie ohne Anklage oder Prozess festgehalten werden.

„Seit Jahrzehnten setzt Israel vorsätzlich Verwaltungshaft ein, um Personen zu inhaftieren, darunter auch Gefangene aus Gewissensgründen, die nur wegen der Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit festgehalten werden, um sie für ihre Ansichten und ihren Aktivismus zu bestrafen“.

Amnesty International

Die israelischen Behörden nutzen dieses obskure rechtliche Verfahren seit mehr als einem halben Jahrhundert und stützen sich dabei auf geheime Beweise, um Menschen ohne Anklage oder Prozess auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren.

Die israelische Politik erlaubt die Inhaftierung von Palästinensern für verlängerbare Zeiträume, die gewöhnlich zwischen drei und sechs Monaten liegen. Die Inhaftierung geschieht auf der Grundlage von Beweisen, die nicht offengelegt werden und die nicht einmal der Anwalt des Inhaftierten einsehen darf. Israel behauptet, diese Politik sei aus Sicherheitsgründen notwendig und erlaube es der Regierung, „gefährliche Verdächtige“ festzuhalten, ohne Geheimdienstinformationen preiszugeben.

Amnesty International hat Israels Politik der Verwaltungshaft als „grausame, ungerechte Praxis bezeichnet, die dazu beiträgt, Israels Apartheidsystem gegen die Palästinenser aufrechtzuerhalten“ (1). Laut *Samidoun*, dem Netzwerk für die Solidarität mit palästinensischen Gefangenen, veröffentlichten die 30 Gefangenen eine Erklärung, in der sie feststellten, dass ihre kollektive Inhaftierung 200 Jahre betrage (2).

„Hunderte von Jahren, in denen die Besatzung uns daran hinderte, unsere Familien in die Arme zu schließen oder unsere Kinder zu sehen, wenn sie geboren wurden oder aufwuchsen. Wir haben nie ihre Geburtstage gefeiert, wir haben sie nicht an ihrem ersten Schultag begleitet“, heißt es in der Erklärung. Nach Angaben von *Addameer*, einer Gruppe für die Rechte palästinensischer Gefangener, befinden sich derzeit mehr als 743 palästinensische Gefangene, gegen die Verwaltungshaft verhängt wurde, in israelischen Gefängnissen, bei einer Gesamtzahl von etwa 4.650 palästinensischen Gefangenen (3).

Der letzte öffentlichkeitswirksame Hungerstreik war der von Khalil Awawdeh, der 172 Tage lang ohne Nahrung ausharrte. Er beendete seinen Streik erst, nachdem mit den israelischen Behörden eine schriftliche Vereinbarung über die Begrenzung seiner Verwaltungshaft und seine Freilassung am 2. Oktober getroffen worden war (4).

Nach Angaben der Palästinensischen Kommission für Angelegenheiten von Inhaftierten und ehemaligen Inhaftierten haben 80 Prozent der Verwaltungshäftlinge bereits Zeit in Haft verbracht.

Am 21. September wurde der ehemalige Verwaltungshäftling Hisham Abu Hawash, der im Februar 2022 nach einem langen Hungerstreik freigelassen worden war, von den israelischen Behörden erneut inhaftiert.

Ayman al-Tabeeh und Adel Hreibat, zwei weitere ehemalige Langzeit-Hungerstreikende, die aus der Verwaltungshaft entlassen wurden, sind ebenfalls wieder inhaftiert worden.

Zu den Gefangenen, die sich im Hungerstreik befinden, gehört auch der französisch-palästinensische Anwalt und Menschenrechtsaktivist Salah Hammouri, dem nach Angaben von Addameer der Entzug seines ständigen Aufenthaltsstatus in Jerusalem wegen „Verletzung der Treue zum Staat Israel“ droht.

Das erste Mal wurde er 2001 für fünf Monate verhaftet, als er erst 16 Jahre alt war. Im Jahr 2004 verbrachte er fünf Monate im Gefängnis und wurde in Verwaltungshaft genommen. Seine dritte Verhaftung war 2005, als er für sieben Jahre inhaftiert wurde. Seit dem 7. März 2022 befindet er sich in Verwaltungshaft.

Der Vorsitzende der palästinensischen Kommission für Häftlings- und Ex-Häftlingsangelegenheiten, Qadri Abu Baker, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur WAFA, dass sich am kommenden Donnerstag eine neue Gruppe von 50 Häftlingen dem Hungerstreik anschließen werde.

Die israelischen Behörden haben zwischen 2017 und 2021 nach Angaben von Addameer 5.728 Verwaltungshaftanordnungen gegen Palästinenser in den palästinensischen Gebieten erlassen (5).

Im Jahr 2021 gab es einen sprunghaften Anstieg von 1.695 Anordnungen, die mit einer Kampagne von Massenverhaftungen durch israelische Behörden während der Wochen im Mai und Juni mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden waren.

„Seit Jahrzehnten setzt Israel vorsätzlich Verwaltungshaft ein, um Personen zu inhaftieren, darunter auch Gefangene aus Gewissensgründen, die nur wegen der Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit festgehalten werden, um sie für ihre Ansichten und ihren Aktivismus zu bestrafen“, so Amnesty (6).

Quelle: <https://www.aljazeera.com/news/2022/9/25/thirty-palestinian-prisoners-begin-open-ended-hunger-strike>

1. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/israel-opt-palestinian-administrative-detainees-complete-100-days-of-boycotting-israeli-courts/>
2. <https://samidoun.net/2022/09/thirty-palestinian-prisoners-announce-plans-for-hunger-strike-to-end-administrative-detention/>
3. <http://addameer.org/>
4. <https://www.aljazeera.com/news/2022/8/31/palestinian-prisoner-ends-hunger-strike-following-release-deal>
5. <https://www.addameer.org/news/4736>
6. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/israel-opt-palestinian-administrative-detainees-complete-100-days-of-boycotting-israeli-courts/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de